

Kreisel: Wer finanziert Sanierung oder Abriß?

Steglitz

Noch bevor überhaupt feststeht, ob der asbestverseuchte Kreisel an der Steglitzer Schloßstraße saniert oder abgerissen werden soll, hat die Debatte um die Finanzierung begonnen. 75 Millionen Euro soll die von Gutachtern ermittelte preiswerteste Variante - Abriß und Neubau anderswo - kosten. "Das kann der Bezirk nicht tragen", so Uwe Stäglin (SPD), Baustadtrat von Steglitz-Zehlendorf. Der Senat sei gefordert.

Das Land fühlt sich zumindest in der Pflicht. Von einem Scheitern der Finanzierung aus dem Landeshaushalt könne keine Rede sein, sagt Matthias Kolbeck von der Senatsfinanzverwaltung. Zwar stehen die Eckwerte des nächsten Etats fest. "Die Sanierung des Kreisels kann aber immer noch in die Investitionsplanung aufgenommen werden", so Kolbeck.

Daran glaubt Carl Wechselberg Haushaltsexperte der PDS, nicht. "Die Investitionsplanung ist bereits bis aufs Äußerste strapaziert", widerspricht er. Deshalb fordert er, daß die Kosten für Sanierung oder Abriß in den nächsten Haushaltsberatungen diskutiert werden. Eine Forderung, die der Baustadtrat von Steglitz-Zehlendorf unterstützt.

Zuvor sollen aber noch einmal alle Sanierungs-Varianten durchgespielt werden, um die kostengünstigste zu ermitteln. SPD-Bauexperte **Bernd Schimmler** appelliert an den Bezirk, "sich selbst zu überlegen, wie das Gebäude auch mit einfachen, effektiven Mitteln, zum Beispiel durch Einhausung, wieder nutzbar gemacht werden kann."

Bis 1. März, an dem wieder der planungsbegeleitende Ausschuß tagt, werde auch eine Stellungnahme vom Miteigentümer Becker und Kreis vorliegen, sagte Bezirksbürgermeister Herbert Weber (CDU). Darin soll geklärt werden, wie sich Becker und Kries finanziell einbringen. Auch die Variante eines Verkaufs des Kreisels an den Miteigentümer, unter der Bedingung, daß das Bezirksamt wieder Mieter wird, könnte eine Rolle spielen.

Becker und Kries hatten ein eigenes Gutachten vorgelegt, das Sanierung bei laufendem Betrieb und mit geringeren Kosten, als vom Land veranschlagt, ermöglicht. Es setzt auf dezentrale Versorgung und ein Vorgehen in Etagenblöcken. Zur Prüfung beim Bezirksbauamt sagt Stäglin: "Nach Nachbesserungen halten wir es für machbar."

MP 20/02/2005